

Lieber Norbert Brunhart,

haben Sie Flüchtlinge in Ihrem Haus aufgenommen? Ich hatte drei Flüchtlinge aufgenommen in meinem Haus. Haben Sie überhaupt den Migrationstext gelesen? Hier der Link für den deutschen Text (zur Vereinfachung sind alle kritischen Stellen rot markiert): <https://www.google.at/amp/s/juergenfritz.com/2018/10/24/un-migrationspakt/amp/>

Die Migranten fragen nicht, wie viel Leute unser Land verkraften kann! Sie sind da und wir wären verpflichtet, sie aufzunehmen! Das heisst: Bei 1000 Migranten muss unsere Staatskasse jeden Monat 1000 Mal 2950 Franken = 2 950 000 Franken aufwenden! Das sind pro Jahr 36 Millionen Franken! Für Migranten sind Sie bereit, das auszugeben und für die eigene Bevölkerung zu geizig, alle AHV-Beiträge für alle, die keine Pensionsversicherung haben, von durchschnittlich circa 1600 auf 3000 Franken anzupassen! Damit die Liechtensteiner wenigstens gleichauf sind mit denen, die keinen Rapen einbezahlt haben. Das ist die Realität, wie es heute ist! Vergessen Sie nicht: Hier gilt, was Jean-Claude Juncker bereits 1999 so treffend für die gesetzgebende EU analysierte: «Wir beschliessen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein grosses Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter - Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.»

Gibt es da noch mehr zu sagen?

**Kurt Alois Kind,
Postfach 112, Eschen**

anderen Ländern zeigen, dass Quoten für politische Ämter die Zusammensetzung in politischen Gremien ändern, und zwar auf kommunaler, regionaler und nationaler Ebene. Viele europäische Länder sind diesen Weg bereits gegangen. In Frankreich ist die Parität in der Verfassung verankert. Im deutschen Bundesland Brandenburg wurde kürzlich ebenfalls ein entsprechender Gesetzesentwurf eingereicht. Natürlich bedeutet eine Quote auch, dass man alle in die Pflicht nimmt - sowohl Parteien als auch politische Vertreterinnen und Vertreter und Kandidatinnen und Kandidaten. Neben Pflichten beinhalten Quoten aber auch Rechte wie die angemessene Beteiligung.

Liechtenstein kennt das Stimm- und Wahlrecht für Frauen seit 1984. Gerade die Grossparteien, die seit 100 Jahren bestehen, hatten seit über 30 Jahren (!) Zeit, Frauen in ihre Partei zu integrieren. 30 Jahre, um eine Parteistruktur und Parteikultur zu schaffen, in denen Frauen gleichberechtigt mitarbeiten und mitbestimmen könnten. Solange jeweils ein halbes Jahr vor den Wahlen Frauen für politische Ämter angefragt werden und solange die Wahlchancen für Frauen so gering sind, wird sich nichts ändern. Wenn freiwillige Massnahmen strukturelle Benachteiligungen nicht beseitigen können, muss der Gesetzgeber tätig werden. Wie kürzlich der liechtensteinische Rechtsanwalt Christoph Büchel («Vaterland», 25. Oktober 2018, S. 20) schrieb: «(...) wird der Gesetzgeber tätig, ist dies ein Statement und ein Anstoss - auch zur Bewusstseinsbildung.»

Verein Hoi Quote